

## Schweiz



Frisch aus Kalifornien: Ein Arbeiter bei der Spargelernte. Foto: David Paul Morris (Bloomberg, Getty Images)

# Klimasteuer: Wirtschaft befürchtet Handelskrieg

**Klimaschutz** Die Pläne für eine CO<sub>2</sub>-Steuer auf Importprodukte sind umstritten. Die Wirtschaft plädiert für eine Lösung auf globaler Ebene.

**Stefan Häne**

Was, wenn der Freihandel verstärkt unter Druck geriete? Es sind solche Fragen, die Wirtschaftsvertreter derzeit umtreiben. «Es besteht die Gefahr eines Handelskriegs zwischen der EU und anderen Staaten», sagt Ivo Zimmermann, Geschäftsleitungsmitglied der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie Swissmem. «Für den Standort Schweiz wäre das schlecht.»

Beunruhigt zeigt sich die Wirtschaft über Pläne in der EU, im Rahmen ihres Green Deal ab nächstem Jahr schrittweise Klimazölle einzuführen. In der Schweiz hat die Wirtschaftskommission auf Antrag der Grünen erste Abklärungen dazu in Auftrag gegeben, wie die «Sonntags-Zeitung» in ihrer jüngsten Ausgabe schreibt.

Die Idee dahinter: Alle Importprodukte werden an der Grenze mit einem Aufschlag versehen, der davon abhängt, wie viel CO<sub>2</sub> bei deren Herstellung, Verarbeitung und Transport entstanden ist. Verteuern würden sich damit etwa Lebensmittel aus dem Ausland. Damit würden auch ausländische Produzenten für den Klimaschutz bezahlen – und nicht nur die einheimischen, die heute in der Schweiz eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffe entrichten müssen. Das soll für gleich lange Spiesse sorgen, die Nachfrage nach klimaschädli-

chen Produkten senken und den Anreiz mindern, die Produktion in Länder mit weniger strengen Klimaauflagen zu verlagern.

Ein Mindestpreis für klimaschädliche Emissionen: Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse unterstützt diese Idee, wie Geschäftsleitungsmitglied Kurt Lanz sagt. Aber: «Wir erachten es als problematisch, wenn die EU versucht, mit Zöllen internationalen Druck zu machen und ihre Vorstellungen durchzudrücken.» Das Risiko sei gross, dass sie sich damit im Welthandel ausgrenze und die Handelspartner mit Gegenmassnahmen reagieren würden. «Besser wäre eine international abgestimmte Lösung mit den grossen Emitenten wie den USA und China»,

## Spargel als Rechenbeispiel

Heute sind Lebensmittel aus dem Ausland oft gleich teuer wie die heimischen Alternativen oder sogar billiger, selbst solche aus Übersee. Als Paradebeispiel dienen Spargel. Einheimische kosten schnell einmal 17 Franken pro Kilo, solche aus Übersee oft nur die Hälfte. Um wie viel Letztere mit einer Klimasteuer aufschlügen, hinge davon ab, wie hoch der Preis für eine Tonne CO<sub>2</sub> angesetzt wäre. Im Emissionshandel der EU sind es derzeit umgerechnet etwa 27 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub>. Das ergibt folgende Rechnung: Ein Kilogramm Spargel aus Übersee,

sagt Lanz. Doch eine solche Lösung ist nicht in Sicht. Ist die Steuer nicht global umfassend, stelle sich die Frage, ob sie mit den Regeln der Welthandelsorganisation konform sei.

## Riesige Zolladministration

In der Schweiz weihen Exponenten der Grünliberalen und Grünen für das Instrument. Nach ihrem Wahlsieg im Herbst haben die Ökoparteien bessere Aussichten als auch schon, Mehrheiten für das Anliegen zu finden, zumal sich Bauernpräsident Markus Ritter (CVP) offen dafür zeigt. In der Wirtschaft besteht daher die Befürchtung, dass die Schweiz einen Alleingang wagen könnte. «Damit würde sie sich aber komplett isolieren und in

transportiert mit dem Flugzeug, verursacht einen CO<sub>2</sub>-Ausstoss von etwa 12 bis 15 Kilo. Die Klimasteuer würde das Gemüse um etwa 40 Rappen pro Kilo verteuern, in unserem Beispiel also von 8.50 auf 8.90 Franken. Spürbar teurer würde es erst, wenn der CO<sub>2</sub>-Preis deutlich höher läge, etwa bei 210 Franken pro Tonne – das ist jener Maximalbetrag, den das Parlament im neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz bei Brennstoffen anwenden möchte. Dann würden die Spargel etwa 11.60 Franken kosten. Das aber wäre noch immer günstiger als die einheimische Variante. (sth)

der Zolladministration untergehen», sagt Lanz von Economiesuisse. Die Schweiz betreibe viel zu viel Handel über die Grenze hinweg, als dass eine separate Zollabrechnung eingeführt werden könne.

Auch bürgerliche Parlamentarier warnen vor einem helvetischen Sololauf: «Klimazölle sind nur in einem global harmonisierten System diskutabel», sagt FDP-Fraktionschef Beat Walti. Sonst entstünden Wettbewerbsverzerrungen. Auch CVP-Nationalrat Leo Müller sagt, eine Einführung müsse zwingend auf globaler Ebene erfolgen, via OECD oder die G-20, wie das bei anderen Steuerarten erfolge.

Die Idee ist nicht nur politisch umstritten, es stellen sich auch knifflige Umsetzungsfragen. Inwieweit ist es möglich, die CO<sub>2</sub>-Bilanz von Produkten genau abzubilden, gerade wenn diese aus vielen Einzelteilen bestehen – wie etwa bei Maschinen oder Autos? Solche Punkte müssten sicher noch geklärt werden, sagt Christian Zeyer, Geschäftsführer von Swissecleantech. Der Wirtschaftsverband hält die Idee von Klimazöllen gleichwohl für prüfenswert, «gerade mit Blick darauf, dass in den internationalen Klimaverhandlungen keine verbindlichen Ziele absehbar sind». Um grünen Protektionismus handle es sich nicht, findet Zeyer. Allerdings solle die Schweiz abgestimmt mit der EU vorgehen, findet auch Swissecleantech.